

Neue
Kleine Bibliothek 188

Horst Kahrs (Hg.)

Piratenzauber

Über eine Gesellschaft,
die Freibeuter hervorbringt

PapyRossa Verlag



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Die Veröffentlichung dieser Publikation erfolgte mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

© 2013 by PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln
Luxemburger Str. 202, 50937 Köln
Tel.: +49 (0) 221 – 44 85 45
Fax: +49 (0) 221 – 44 43 05
E-Mail: mail@papyrossa.de
Internet: www.papyrossa.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Joachim Kubowitz, luxsiebenzwoplus
Druck: Interpress

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-89438-508-8

aus: Horst Kahrs (Hrsg.): Piratenzauber, ISBN 978-3-89438-508-8
© 2013 by PapyRossa Verlag, Köln / CC BY-NC-ND 3.0 (s. Impressum)

Inhalt

Potential und Projekt	7
CONNY HILDEBRANDT / HORST KAHRS / NELLI TÜGEL Piratenflaute	10
Auf dem Weg zu einer Partei unter vielen anderen?	
WOLFGANG STORZ Piraten und Massenmedien	33
Wer beherrscht das Spiel?	
GEORG FÜLBERTH Piraten im historischen Kontinuum	48
HORST KAHRS Eine neue soziale Idee aus der Mitte der »digitalen Gesellschaft«?	60
KONSTANZE KRIESE Vom schwierigen Auszug aus dem Fordismus	74
Arbeit und Produktion im digitalen Zeitalter	
MARTIN BECKMANN Die Piratenpartei und die Digitalisierung der Arbeit	92
TOBIAS SCHULZE Freies Wissen – die praktische Entknappung einer Ressource	100
MICHAEL PAETAU Freiheit und Wissensordnung	113
JÜRGEN SCHEELE Das Netz, die Eigentumsfrage und digitale Commons	131

MICHAEL WEBER	
Neue Chancen für Transparenz und Bürgerbeteiligung durch Einsatz modernerer Kommunikationsmethoden	146
DETLEF KANNAPIN	
Die »Fix-it-Ideologie« und ihre gesellschaftlichen Grenzen	161
MICHAEL PAETAU	
Kybernetik und flüssige Demokratie	173
Was bleibt?	188
Autorinnen und Autoren	195

Potential und Projekt

Thema dieses Buchs ist nicht die Piratenpartei, obwohl sie in jedem Beitrag gegenwärtig ist. Für uns interessanter ist der Zauber, der ihren Aufstieg begleitet (hat?), also ihr Potential und ihr Projekt, das sich darauf bezieht.

Beide sind älteren Datums.

Demokratie, Transparenz, individuelle Freiheit und universelle Teilhabe: so lassen sich die proklamierten Ziele aller Emanzipationsbewegungen seit den bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts beschreiben. Sie wurden – trotz einiger Fortschritte und Annäherungen – bis heute letztlich nicht verwirklicht, aber unter immer wieder veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Nimmt man die Selbsterklärungen der Piratenpartei ernst – und das sollte man tun –, dann erweckt sie den Anschein, als versuche sie diesen Weg fortzusetzen, jetzt aber unter Nutzung eines Potentials, das die Dritte Industrielle Revolution – die digitale Durchdringung der Gesellschaft – liefert. Das Versprechen, das in den programmatischen Äußerungen dieser Partei zum Ausdruck kommt, setzt zugleich ein älteres Paradigma fort: wissenschaftlich-technischer Fortschritt als notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für die Verwirklichung emanzipatorischer Ziele und von Wohlfahrt. Zugleich entstehen neue Gefahren, die diese Werte bedrohen.

Im Fall der Dritten Industriellen Revolution und ihrer Interpretation durch die Piraten bedeutet dies im Einzelnen:

Das Internet ist eine Allmende (commons), die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder an Information, an Wissen und an der Gestaltung

ihres Zusammenlebens erlaubt. Bedroht wird diese Perspektive durch ein ebenfalls erweitertes Potential von Kontrolle und Fremdbestimmung, die von Staaten und Unternehmen ausgeübt wird, sowie durch den Versuch der Privatisierung der technisch ermöglichten Freiräume. Das Netz ist ein umkämpftes Gebiet. Seine Entdeckung durch sich als emanzipatorisch verstehende Politik hat darüber hinaus zur Wiederaufnahme anderer Versprechen geführt: Schaffung und Nutzung von commons auch jenseits der Informationstechnologie, und sei es das Bedingungslose Grundeinkommen, der fahrscheinlose Öffentliche Nahverkehr oder eine Energiegrundversorgung.

Ebenfalls über den Bereich der Kommunikation hinaus reicht die digitale Umwälzung der Arbeitswelt mit Erosion traditioneller Beschäftigungsverhältnisse, Entwertung bislang relevanter Fertigkeiten, Entstehung vorher unbekannter Qualifikationsanforderungen und mit den Freiheitsräumen von quantitativ erweiterter (Schein-)Selbständigkeit – zugleich aber auch hier die neue Qualität von Kontrollierbarkeit des Individuums und das Anwachsen von Prekarität.

Dies sind die Bedingungen, unter denen in vielen Ländern die Piratenparteien entstanden sind und unter denen diese selbst – oder im Fall ihres Scheiterns – andere Organisationen, die ihren Impuls aufnehmen könnten, stehen.

In ihrer noch sehr kurzen Geschichte sind schon Fallen sichtbar geworden, in die sie geraten könnten.

Bewegungen, die Freiheit, Demokratie und Teilhabe einforderten, sind in der Vergangenheit immer wieder im Mainstream einer bürgerlichen Gesellschaft aufgegangen, in der sie letztlich wesentliche Teile ihrer Ziele aufgaben. Jede von ihnen, die danach neu antritt, stößt auf die erfahrungsgesättigte Skepsis derer, die ihr vorhersagen zu können meinen, wie ihr Versuch auch diesmal enden werde: in irgendeinem Juste-Milieu.

Eine Kritik, die den Versuch, gesellschaftliche Probleme auch mit Hilfe technischer Möglichkeiten zu lösen, als lediglich instrumentelle Vernunft unter Ideologieverdacht stellt, wird die bereits vor vielen Jahrzehnten von Charles Percy Snow konstatierte Sprachlosigkeit zwischen den Zwei Kulturen – der natur- und technikwissenschaftlichen

einerseits, der geistes- und sozialwissenschaftlichen andererseits – überwinden müssen, soll sie nicht steril bleiben.

Piratenpartei, Gewerkschaften und große Teile auch der kritischen Ingenieursintelligenz pflegen zurzeit ein allenfalls aseptisches Verhältnis zueinander. Konzentration auf eine Stammklientel, Versuche von Vereinnahmungen, Bündnisse – welche dieser traditionellen Verhaltensweisen sind angemessen? Wodurch können sie ersetzt werden?

Die Piratenpartei Deutschland ist in ihrer Aufstiegsphase sofort Objekt der traditionellen Medien geworden. Wird sie ihnen gegenüber Autonomie auf der Basis eigener, netzbasierter Kommunikation und Teil-Öffentlichkeit bewahren können, ohne auf traditionelle mediale Öffentlichkeitswirkung verzichten zu müssen?

Wie das Beispiel der Grünen zeigt, kann die Anpassung einer Partei an einen Politikbetrieb, gegen den sie einmal angetreten war, durchaus mit dauerhafter parlamentarische Präsenz belohnt werden. Ihr Ausgangsprojekt wird dann – wie in der Vergangenheit immer wieder einmal – subjektlos werden. Das wäre schade.

Die Aufsätze dieses Bandes – dessen Autorinnen und Autoren verschiedenen Parteien angehören und die sich in ihren Beiträgen teilweise aufeinander beziehen – artikulieren Hoffnungen und Warnungen. Sie erscheinen im Vorfeld einer Wahlbewegung und gehen davon aus, dass der doppelte Gegenstand ihrer Beobachtung – das durch die Digitale Revolution bereitgestellte Potential und das politische Projekt, welches daran anknüpft – auch danach noch aktuell bleiben wird, in welcher parteipolitischen Ausformung auch immer.

Die Autorinnen und Autoren

TOBIAS SCHULZE

Freies Wissen – die praktische Entknappung einer Ressource

Wissen, hier im weitesten Sinne verstanden – von Information und Daten bis zu Kreativgütern und Kunstwerken, ist eine ökonomische, politische und kulturelle Ressource. Als Werkstück – Buch, Bild, Text, Tonträger – wurde es vergesellschaftet und zum Handelsgut formiert. Die Digitalisierung, insbesondere die Vernetzung, trennt Wissen von dieser körperlichen Erscheinung eines einzelnen Werkstücks ab und macht es zu einem flüssigen Gut. Der beliebte Vergleich mit Leitungswasser hinkt jedoch, denn Wissen ist noch weniger als Wasser einzuhegen und in feste Bahnen zu lenken. Es widerstrebt der Kommodifizierung. Wissen als Eigentum war schon immer schwer vorstellbar. In Zeiten des Internets wird es zur Zahnpasta, die niemand wieder in die Tube bekommt.

Diese Eigenschaft steht in scharfem Konflikt zur zunehmenden ökonomischen und politischen Bedeutung von Wissen im renditefixierten, privatkapitalistischen Gesellschaftsmodell. Die globale Arbeitsteilung hält insbesondere für die ehemaligen westlichen Industrieökonomien die Rolle von Wissens- und Innovationsinduktoren bereit. Zudem verändern sich die Konsumansprüche in den wohlhabenderen Schichten und Regionen. Soziale Medien, Kommunikationstechnologien und wissensintensive Dienstleistungen erreichen einen Aufschwung und hohe Profite. Die Produktion weniger forschungsintensiver Güter und Teile wird mangels Renditeaussicht in sogenannte Niedriglohnstandorte verlegt.

Der Diskurs um die Befreiung von Wissen auf digitaler Grundlage wird seit langer Zeit ausgefochten und begann deutlich vor dem Aufschwung der Piraten. Die Entstehung der Partei ist eher ein Symptom von Schließungsprozessen nach einer kurzen Zeit libertärer oder gar anarchistischer Kreativität im Internet als der Neuaufbruch in die Realisierung einer Utopie. Michael Paetau macht in diesem Band überzeugend deutlich, dass traditionelle linke Enteignungs- und Verstaatlichungsphantasien kein adäquates Mittel gegen die Kommodifizierungsprozesse von Wissen sein können. Denn gegen privates Eigentum an Wissen hilft kein staatliches Eigentum. Die Prozesse zu seiner Vergesellschaftung basieren vielmehr auf der inneren Veränderung von Zugängen, Plattformen und Nutzungsrechten. So sehr jedoch hergebrachte Verknappungsstrategien etwa bei Musikdateien scheitern, so wenig ist eine politische Ökonomie freien Wissens bisher umrissen. Es verwundert daher nicht, dass die am weitesten fortgeschrittenen Konzepte von »Openness« im steuerfinanzierten öffentlichen Sektor umgesetzt werden.

Während auf der einen Seite Prozesse der Öffnung von Wissensspeichern erstritten werden, ist in vielen Bereichen auch die weitere Inbesitznahme bisher freien Wissens unter privates Eigentumsrecht umkämpft. Dazu gehören etwa die Verschärfung des Urheberrechts, die Patentierung natürlicher Ressourcen und Prozesse sowie die private Aneignung des kulturellen Erbes durch private Unternehmen, wie etwa ein zähes Ringen um die Digitalisierung von Bibliotheksbeständen und Filmarchiven zeigt. Diesen Kämpfen gemeinsam sind die Ziele eines egalitären Zuganges zu Ressourcen sowie die Organisation der kollektiven Pflege und Erhaltung dieser Ressourcen.

In diesem Text sollen jedoch nicht Abwehrkämpfe gegen die Schließung, sondern vor allem konkrete Beispiele der Öffnung von Wissensressourcen vorgestellt werden.

Open Data / Open Content

Datenbestände in Verwaltungen, Forschungseinrichtungen oder Unternehmen verschwanden früher in Aktenschränken und wurden

nur für den Zweck genutzt, zu dem sie erhoben wurde. Im digitalen Zeitalter bilden sie eine unschätzbare Ressource – nicht nur aus ökonomischer Sicht, sondern auch für wissenschaftliche, kulturelle und politische Zwecke. Daten sind eine Grundlage für die gesellschaftliche Selbstverständigung. In aggregierter und maschinenlesbarer Form können sie Anwendungen und neues Wissen induzieren.

Die Öffnung dieser Datenbestände nach konkreten Standards ist eine Aufgabe, der sich weltweit Open-Data-AktivistInnen verschrieben haben. Dazu gehören etwa eine diskriminierungsfreie Lizenzierung, die Standardisierung der Dateiformate, die zeitnahe Veröffentlichung, die Kostenfreiheit, die Vollständigkeit sowie die Kompatibilität mit anderen Datenbeständen. Können Unternehmen in der herrschenden Rechtsordnung regelmäßig auf Betriebsgeheimnisse verweisen, wird eine ablehnende Haltung im öffentlichen Bereich zumeist mit organisatorischen und finanziellen Problemen, aber auch mit dem Argument des Datenschutzes begründet. Dahinter stehen jedoch häufig die Egoismen von Verwaltungen, die das Wissen zur Absicherung von Machtvorsprüngen unter Verschluss halten. So könnte längst offen liegen, wie genau das Bundesforschungsministerium Fördermittel priorisiert oder das Gesundheitsamt der Kommune Daten zur Armut und zur Kindergesundheit miteinander abgleicht. Daten werden auch im öffentlichen Nahverkehr erzeugt – etwa die Echtzeitdaten der Fahrbewegungen. Verwaltungen und öffentliche Unternehmen könnten diese Daten unkompliziert zur Verfügung stellen, müssten damit aber Einblicke in ihre eigene Tätigkeit gewähren und Fragen an diese akzeptieren.

Die Öffnung von Daten der öffentlichen Hand ist somit auch ein Akt der Herrschaftskritik und der Demokratisierung von staatlichen Organen. Unzweifelhaft ist ein solcher Prozess mit Risiken behaftet. So etwa wären Behörden und Verwaltungen keine closed shops mehr – die in ihnen arbeitenden Menschen und die Prozesse sichtbarer als bisher. Die Nachteile werden aber durch den Vorteil einer völlig neuen Verwaltungskultur aufgewogen. Bis zur Öffnung der Verwaltungsprozesse ist es von der Veröffentlichung der Daten nur ein kurzer Schritt. So ließen sich etwa Planfeststellungsverfahren partizipativer anlegen und Bürgerhaushalte auf breiter Front umsetzen.

Ebenfalls ein kleiner Schritt ist der Weg zu Open Content, also der Öffnung von Inhalten und Werken. Parlamente, Kultureinrichtungen, Behörden und Bibliotheken entwickeln große Mengen an Werken im urheberrechtlichen Sinne – Texte, Fotos, Videos, Grafiken... Bisher unterliegen diese in der Regel den Regeln des Ausschließlichkeitsrechtes – d.h. die Rechteinhaber bestimmen allein und auf Dauer über die Verwendung dieser Werke. Eine weitere Nutzung ist in der Regel nicht vorgesehen und nur auf individuelle Anfrage. Diese Werke könnten, da steuerfinanziert, auch einer freien Nutzung unter offenen Lizenzen zugeführt werden.

Open Access

Der Charakter wissenschaftlichen Publizierens hat sich durch die digitalen Verbreitungswege stark verändert. Die Rolle der Verlage schrumpft teilweise auf die Bereiche Organisation, Marketing und Infrastruktur. Trotz der immensen Kostenersparnis bei einer digitalen Publikation sind die Preise für renommierte Journale und Zeitschriften stark gestiegen. Die Verlage konnten auf der Grundlage des (unbezahlten) Peer Review eine Reputation aufbauen, die zur symbolischen Währung in der Scientific Community wurde. Diese Reputation führte einerseits zur Verknappung des Zugangs der Autorinnen und Autoren, die oft gar nicht oder nur mit großer Verzögerung publizieren konnten. Andererseits bekamen die öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zunehmende Schwierigkeiten, die gestiegenen Preise für diese Reihen zu finanzieren. Die Gegenbewegung kam prompt. Zunächst nur in einigen Zirkeln favorisiert, beschlossen 2002 Wissenschaftseinrichtungen, Fachgesellschaften und Fachministerien aus vielen Ländern in der »Budapest Open Access Initiative« das weitere Vorantreiben frei zugänglicher Wissenschaftsliteratur. Weitere Deklarationen und Vereinbarungen folgten, die jedoch nur wenig konkrete Verpflichtungen vorsahen.

Neben dem impulsgebenden Kostenargument wird zunehmend ein wissenschaftsimmanenter Vorteil von Open Access erkannt: die

Vernetzbarkeit von Texten, Daten und Quellen. Belege, Zitate und Datenmaterial können direkt eingebunden und miteinander verknüpft werden. Diskussionsstränge sind nachzuvollziehen, eigene Anteile und Zitate (oder Plagiate) quasi automatisch sichtbar. Das ermöglicht eine kollaborative Arbeitsweise, die zwar einen hergebrachten Geniebegriff konterkariert, aber der Realität heutiger Wissenschaft entspricht. Bereits der Arbeitsprozess kann in einem Open Research Web transparent und partizipativ gestaltet werden. Der Beitrag des einzelnen verliert dabei zugunsten eines größeren Gesamtnutzens an Bedeutung, was traditionelle Modelle der Leistungsbewertung und Reputationsgewinnung auf den Prüfstand stellt.

Open Access unterstützt zudem die Internationalisierung der Wissenschaft und ist ein wichtiges Mittel im Kampf gegen Informationsarmut in ärmeren Regionen. Unfreie Veröffentlichungen, die nicht in den großen internationalen Organen publiziert werden, sind bisher schwer international zu verbreiten. Zeitschriften mit national beschränkter Verbreitung werden selten in den Wissenschaftseinrichtungen im Ausland abonniert.

Nicht nur bei den knappen Budgets der deutschen Wissenschaftseinrichtungen, sondern gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern sind umfassende Abonnements von Spezialliteratur selbst dann nicht zu finanzieren, wenn klassische Wissenschaftsinfrastruktur vorhanden sein sollte. Bei einer Umstellung auf Open Access und damit einer Abkehr von für die Nutzer teuren Subskriptionsmodellen ist der Zugang für ärmere Länder zum globalen Wissensfluss leichter und bei geringerem infrastrukturellem Aufwand leistbar.

Open Access kann so nicht nur für Wissenschaft und Forschung, sondern auch im Bildungsbereich dazu beitragen, globale Ungleichheiten abzubauen. Durch den freien Zugang zu Forschungsergebnissen und Primärdaten lassen sich vor Ort regionale und lokale Herausforderungen beispielsweise im gesundheits- oder Ernährungsbereich leichter und eigenverantwortlicher angehen. Die Sichtbarkeit wissenschaftlicher Publikationen aus Entwicklungs- und Schwellenländern ist im Open-Access-Bereich signifikant höher als bei unfreien Veröffentlichungen.

Kritiker sehen jedoch hohe Kosten für die öffentliche Hand, eine Zerstörung der wissenschaftlichen Verlagslandschaft und eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit als zentrale Argumente gegen Open Access. Obwohl nur noch wenige Traditionalisten Open Access wirklich ablehnen, ist die Umsetzung kein Selbstläufer. Die Frage, ob die Vorteile des Konzepts realisiert werden, entscheiden viele politisch zu gestaltende Details. Dazu gehört etwa die Frage, ob über den so genannten Goldenen Weg, also die Erstpublikation im Open Modus, oder den Grünen Weg, also offene Zweitveröffentlichungen geredet wird. Schon dieser Konflikt berührt den Kern der gesellschaftspolitischen Dimension von Wissen: gehört ein wissenschaftlicher Text dem Autor/der Autorin? Denn die verschiedenen Modelle von Open Access bedürfen unterschiedlicher politischer Durchsetzungsstrategien. Der Goldene Weg etwa kann über Anreize oder Zwang durchgesetzt werden. Der Anreiz bestünde etwa in einem Zuschuss zur Publikation oder gut ausgestatteten Repositorien, der Zwang etwa in der Kopplung von Fördermitteln an eine Open-Access-Veröffentlichung oder eine Verankerung in Arbeits- oder Dienstverträgen. Von den Gegnern wird dabei das Verfassungsgut der Wissenschaftsfreiheit ins Feld geführt. Dieses sichert zwar das Recht auf die freie, möglichst unbeeinflusste wissenschaftliche Tätigkeit zu. Ob darin aber auch das Recht zur exklusiven Übertragung der Rechte an einem mit öffentlichen Mitteln erarbeiteten Werk an Dritte enthalten ist, wird bis heute heftig diskutiert. Gerichte entscheiden immer öfter anders. Ein unabdingbares Zweitverwertungsrecht für die Autorinnen und Autoren würde hingegen den Grünen Weg rechtlich befördern. Damit wäre eine zeitlich unbegrenzte, exklusive Rechteübertragung von vornherein unwirksam.

Der Staat ist neben der Rechtssetzung und der Förderpolitik auch als Finanzier der Infrastruktur ein entscheidender Akteur bei der Öffnung der Wissenschaft. Wo die Wissenschaft für Open Access nicht auf Verlage als Dienstleister setzt, ist sie selbst in der Pflicht. Die Funktion von Bibliotheken hat sich verändert und geht über das Archivieren von Medien und Texten weit hinaus. Heute übernehmen sie Aufgaben der Editierung, der digitalen Langzeitarchivierung, des

Marketings und der Verknüpfung digitaler Repositorien. Für diese Aufgabe sind sie zumeist unterfinanziert. Open Access wird daher zumeist nicht billiger für die öffentliche Hand als der Erwerb von Verlagspublikationen. Aber der gesellschaftliche Nutzen erscheint ungleich höher.

Open Education

Weltweit hat sich eine junge Bewegung vor allem aus Pädagoginnen und Pädagogen gebildet, die traditionelle papierbasierte Lernformen reformieren will. Inspiriert wurden sie vor allem von den interaktiven Möglichkeiten des Internets, die traditionellere Lehrmethoden und einen engen Wissenskanon ohnehin alt aussehen lassen. Grundlage von Open Education sind kollaborativ erstellte Wissensressourcen, die online von LehrerInnen sowie WissenschaftlerInnen gemeinsam erarbeitet werden. Diese werden nicht nur als interaktives Gegenmodell zu Schulbüchern, sondern auch zu proprietären Angeboten digitaler Lernplattformen gesehen. Diese werden zunehmend nicht nur von Schulbuchverlagen angeboten, sondern auch von Hardware-Herstellern wie Apple, die ihre Geräte in die Schulen und Hochschulen bringen wollen. Die größte Hürde auf dem Weg zu offenen Bildungsressourcen stellen jedoch die restriktiven Genehmigungsverfahren der Kultusministerien dar, die oft in einer Symbiose mit den Schulbuchverlagen die Lehrplanungen entwerfen. Drei zur Wahl stehende Schulbücher lassen sich nun mal besser kontrollieren als »von unten« entwickelte Digitalressourcen. Für die Verlage sind Schulbücher eine Goldgrube, deren Geschäftserfolg sich vor allem über die Auswahl der Ministerien und in der Oberstufe über die Gunst der Fachkollegien an den Schulen entscheidet. Selbst Kopien aus Schulbüchern sind ein Gegenstand dauernder Kämpfe im urheberrechtlichen Feld. So wurde 2011 bekannt, dass Kultusministerien und Verlage den Einsatz einer Überwachungssoftware auf Schulrechnern zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen (»Schultrojaner«) vereinbart hatten.

Auf Grund der traditionell starken Stellung von Verlagen ist das

Modell der Open Educational Resources in Deutschland noch im Entwicklungsstadium. Andere Länder, die USA, Polen und Frankreich etwa, sind hier deutlich weiter. Die US-amerikanische Regierung will mehrere Milliarden Dollar in die Entwicklung offener, digitaler Lehrmaterialien investieren. 2012 wurde das Implementieren offener Lehrmaterialien sogar im Rahmen einer UNESCO-Deklaration offiziell als unterstützenswert vereinbart.

Das Modell der Open Education bedeutet faktisch eine Verlagerung von Entscheidungskompetenzen im Schulbereich von der staatlichen Ebene der Schulaufsichtsbehörden weg hinein in die Schulen. Bisher hat keine Landesregierung den ernsthaften Willen erkennen lassen, ihre Kompetenz zur Auswahl von Lehrmaterialien aus der Hand zu geben oder offene Materialien offiziell zuzulassen.

Dazu kommt das Problem der Hardware. Die Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« hat in ihren Handlungsempfehlungen für den Bereich Bildung die Ausstattung jedes Schulkindes mit einem Laptop empfohlen. Aus linker Sicht war klar, dass dies eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingungen für interaktives und projektorientiertes Lernen auf digitaler Basis sein kann. Ohne den eigentlichen Inhalt, ohne neue Lernformen und Ressourcen kann Open Education nicht gelingen.

Open Innovation

Uns umgeben die Folgen der industriellen Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts. Wir kämpfen mit den Folgen von technologiegetriebenem Fortschritt, dessen Entwicklung vor allem Betriebswirte, Techniker und Ingenieure prägten (die männliche Form ist an dieser Stelle keine Unachtsamkeit). Weder die Nutzenden, noch die Produzierenden an Bändern und in Fabriken, geschweige denn zivilgesellschaftliche Stakeholder waren in der Regel in diese Prozesse eingebunden.

Innovationsprozesse in Unternehmen, im frei-gemeinnützigen Sektor sowie in Verwaltungen und Behörden werden traditionell

häufig linear, von der entwickelnden Abteilung in die entsprechenden Bereiche umgesetzt. Dieses abgeschlossene System der Innovationsentwicklung stößt mit steigender Komplexität und Vernetzung von Gesellschaften an seine Grenzen. Mit einem wachsenden Anteil künstlicher Umwelt, die durch wissensbasierte Prozesse geschaffen wird, steigen die Risiken. Wir kämpfen weitgehend nicht mehr um die Aneignung der Natur, sondern an vielen Stellen um ihre Bewahrung und gegen die Folgen nicht nachhaltiger Innovationen und Technologien. In menschengemachten, hoch differenzierten Welten – Städten, Verkehrssystemen, sozialen Netzwerken, Unternehmen – sollten Innovationen ihre Wirkungen auf die Gesellschaft einbeziehen.

Die Akzeptanz von Innovationen, auf deren Entstehung und Gestaltung weder Nutzende noch Beschäftigte einen Einfluss hatten, stößt an Grenzen. Die Liste gescheiterter Projekte, die am Reißbrett konzipiert wurden, ist lang. Viele einstmalige neue Wundermittel sind längst wieder verschwunden.

Unter dem Begriff Open Innovation werden seit etwa zehn Jahren Modelle der Öffnung von Innovationsprozessen entwickelt. Die ersten Konzepte entstanden in der Managementtheorie, die den unternehmerischen Nutzen in den Vordergrund stellten. Dabei gilt die Grundthese, dass für das einzelne Unternehmen ein Mehrwert entsteht, wenn Prozesse der Forschung und Entwicklung im Verbund mit anderen Akteuren umgesetzt werden. Dies können sowohl Kunden als auch kleinere Forschungsfirmen, aber auch so genannte Stakeholder aus dem Bereich der Zivilgesellschaft, etwa Umweltverbände, oder auch die eigenen Beschäftigten sein. Das Ziel von Open Innovation ist, Kreativität und Ideen zu maximieren und Risiken für das Unternehmen, aber auch die Beteiligten und Betroffenen zu minimieren.

Dieses Prinzip wird zunehmend auch in die öffentliche Sphäre übertragen. Ministerien und Fraktionen etwa beginnen, Gesetzgebungsverfahren und parlamentarische Initiativen aus den Hinterzimmern in das Mitmachmedium Internet zu übertragen. Dabei sind auch Rückschlüsse zu beobachten, wenn etwa gut organisierte Interessenverbände so genannte »Bürgerdialoge« dominieren oder viele User bei komplexen Inhalten aussteigen. Je zielgerichteter ein solcher Innovationsprozess

angelegt ist, umso erfolgreicher scheint jedoch seine Öffnung zu funktionieren. Wenn etwa das Ziel einer Verwaltungsreform zu Bürgernähe definiert ist, können diese mittels geeigneter Instrumente eingebunden werden. Open Innovation ist im öffentlichen Raum als ein Projekt der Demokratisierung von Veränderungen zu verstehen und korreliert mit dem Ansatz von Open Government. Staatliches und politisches Handeln, das wurde bereits mit dem Ansatz der Governance ambivalent umschrieben, verliert zunehmend seinen hermetischen Charakter. Die Piraten haben dabei als erste ernstzunehmende politische Vereinigung wichtige Erfahrungen mit softwarebasierten Entscheidungsprozessen und Tools wie Liquid Feedback gesammelt.

Open Source Software

Software mit offenem Quellcode und freier Lizenz ist Begründer und Dauerbrenner in der Debatte um freies Wissen. Zugleich konnten in diesem Bereich auch die meisten Erfahrungen gesammelt werden. Open Source sickert Stück für Stück in die Software-Umgebungen ein – bei EndnutzerInnen wie im professionellen Umfeld. Dies geschieht jedoch anders, als es die Vorreiter in den 80er und 90er Jahren vermuteten und wünschten: während eine harte, aber kleine Szene rund um Linux und Co. an deren Entwicklung feilt, entwickeln große Unternehmen auf der Grundlage freier Software ihre eigenen angepassten Systeme – etwa das erfolgreiche mobile Betriebssystem Android von Google. Open Source Systeme haben sich im Bereich von Servern einen festen Platz erobert. Erfolg haben offene Standards auch im Bereich einzelner Anwendungen wie Browser oder Office-Suiten. Anders als Michael Paeteau in diesem Band darstellt, kann jedoch von einem »größeren Vertrauen« in die freien Alternativen zu proprietären Datenfressern keine Rede sein. Die User stimmen einfach mit ihren Nutzungsgewohnheiten anders ab. Ähnliches gilt für die Betriebssysteme auf Laptops und stationären Rechnern, wo Microsoft Windows und Apples IOS sich bisher den Markt teilen. Offenheit ist nicht an sich ein Prinzip, das sich im Bereich der Software von selbst durch-

setzt. Vielmehr sind auch hier politische Rahmensetzungen etwa in der öffentlichen Verwaltung notwendig, um die Vorteile offener Quellcodes erlebbar zu machen. Ein Konflikt besteht etwa im Bereich von IT-Infrastrukturen der Verwaltung, in der private Unternehmen wie die Bertelsmann-Tochter arvato ganze Aufgabenbereiche etwa von Kommunen übernehmen. Bei solch einem Outsourcing hat die Behörde in der Regel keine Möglichkeit mehr, die Abläufe der geschlossenen Software nachzuvollziehen und gibt damit Verwaltungshandeln in private Hoheit ab. Nur quelloffene Systeme bieten im öffentlichen Raum eine Grundlage für transparentes Verwaltungshandeln.

Wir erleben insgesamt einen Wettbewerb zwischen offenen und proprietären Systemen und gleichzeitig ihre Verschränkung. Das gilt auch für die Akteure: große Unternehmen gehen »Open«, genauso wie ehemalige Open-Source-Aktivist*innen ihr Wissen in eigene Firmen und proprietäre Software stecken. Obwohl offene Software in den 90er Jahren auch im Umfeld der PDS als Vorreiter einer offeneren Gesellschaftspolitik gekennzeichnet wurde, sind heute andere Bereiche der Wissenspolitik mit der Umsetzung des Commons-Gedankens weiter. Dies liegt durchaus in der Natur der Sache, sind doch bei der Gestaltung von Software Spezialkenntnisse notwendig. Sprachenbasierte Wissensspeicher wie die Wikipedia, Open-Access-Repositoryen oder soziale Netzwerke sind zwar weniger voraussetzungsreich als die Programmierung, bieten allerdings auch keinen Zugang zu den technischen Gerüsten der Informationsgesellschaft.

Fazit: Change a system, which is not running!

Wie hier gezeigt werden sollte, stößt die Verknappung der Ressource Wissen auf Widersprüche. Sie muss sich angesichts der technischen Möglichkeiten legitimieren. Es wird nicht mehr gefragt, warum Daten und Content offen und zumeist auch kostenlos zugänglich sein sollten. Vielmehr diskutiert man, was denn gegen die Öffnung spricht. Dieser Mentalitätswandel erschüttert gesellschaftliche Institutionen – Verwaltungen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, die Wissenschaft,

den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die private Medienindustrie gleichermaßen.

Die Auseinandersetzungen rund um das freie Wissen charakterisiert, dass ihr Ziel nicht die Ablösung einer herrschenden Gruppierung durch eine andere ist. Vielmehr stehen alte Spielregeln, ökonomische Modelle und gesellschaftliche Strukturen zur Disposition. Häufig wird an dieser Stelle eingewandt, dass es bei dieser Auseinandersetzung vor allem um den Kampf zweier Kapitalfraktionen um Vorherrschaft ginge: der »alten« Medien-, Wissens- und Technologieindustrie gegen digitale Anbieter wie Microsoft, Google, Apple oder Facebook. Die Geschäftsmodelle dieser Unternehmen stellen jedoch eher eine Gefahr für die Entknappungsprozesse dar und werden in der Regel von AktivistInnen der Open-Bewegung entsprechend kritisch gesehen. Anders als immer wieder argumentiert, steht die netzpolitische Szene den Big Playern der Internetökonomie nicht unkritisch gegenüber. Im Gegenteil: wer nicht versteht, was diese Unternehmen tun, kann sie kaum qualifiziert bewerten. Der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen problematisches Geschäftsgebaren von Google und Co. kommt denn auch eher von denjenigen, die zugleich auch die Leistungen dieser Innovatoren zu schätzen wissen.

Dementsprechend lassen sich die Akteure der Auseinandersetzung um freies Wissen auch nur schwer in traditionellen Schemata von sozialer Schichtung fassen. Nicht das Einkommen oder Vermögen allein bestimmt über die individuelle Rolle in einer digital durchdrungenen Gesellschaft. Technisches Verständnis, Kommunikationsverhalten und soziale Intelligenz sind mindestens ähnlich gewichtige Kriterien. Diese Werte entscheiden nicht nur über Reputation in der Öffentlichkeit, sondern – und das ist das Neue – auch über politische und ökonomische Durchsetzungsfähigkeit. ProtagonistInnen der Bewegung um freies Wissen können daher im Google-finanzierten Symposium genauso sitzen wie erwerbslos am heimischen Rechner, in einer Programmierbude, bei Wikimedia oder in einer Universitätsbibliothek. Wie die extrem jungen AktivistInnen der Anti-ACTA-Proteste bewiesen, wächst in den Schulen eine Generation heran, die ihren Freiraum Internet als zivilisatorische Selbstverständlichkeit ansieht. Insofern hebt die digi-

tale Gesellschaft soziale Unterschiede nicht auf, eröffnet jedoch eine neue Angriffsfläche für politische Entmachtungsprozesse und die Demokratisierung von gesellschaftlichen Gütern.

Eine erste Aktivistengeneration sowie ein sympathisierendes Umfeld der Piraten haben dieses Potenzial gesehen und versucht, die Partei auf diese Angriffsfläche hin zu orientieren. Als das mobile Potenzial an Wechsel- und ProtestwählerInnen im Laufe des Jahres 2011 einen unerwarteten Boom an Zustimmung brachte, wurde hingegen die Begrenzung dieses Ansatzes deutlich. Es gelang ihnen nicht, die Widersprüche in anderen Politikfeldern zu überbrücken. Auch wenn die wandelnde politische Ökonomie von Wissen gravierende Veränderungen in allen Lebensbereichen nach sich zieht, bleibt sie eben doch nur *ein* strukturierendes Moment moderner Gesellschaften unter anderen.

Linke Politik wird hingegen herausgefordert, sich dem Gemeingüterdiskurs nicht nur abstrakt und analytisch zu widmen, sondern eigene Konzeptionen programmatisch zu entwickeln und ganz praktisch in die Auseinandersetzungen einzusteigen.

Literatur

- Frank, Sabine/Ludwig, Luise/Narr, Kristin/Staemmler, Daniel (Hg.): Lernen in der digitalen Gesellschaft. o.O. 2013. Online unter http://dl.collaboratory.de/reports/Ini7_preview.pdf
- Helfrich, Silke (Hg.): Commons – Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Berlin 2012. Online unter www.boell.de/downloads/2012-04-buch-2012-04-buch-commons.pdf
- Herb, Ulrich (Hg.): Open Initiatives. Offenheit in der digitalen Welt und Wissenschaft. Saarbrücken 2012. Online unter http://universaar.uni-saarland.de/monographien/volltexte/2012/87/pdf/Onlineversion_Open_Initiatives_Ulrich_Herb.pdf
- Krempf, Stefan/Poltermann, Andreas/Drossou, Olga (Hg.): Die wunderbare Wissensvermehrung: Wie Open Innovation unsere Welt revolutioniert. Hannover 2006. Online unter www.wissensgesellschaft.org/themen/wissensoekonomie/openinnovation.html
- Suber, Peter: Open Access. Massachusetts 2012. Online unter [http://cyber.law.harvard.edu/hoap/Open_Access_\(the_book\)](http://cyber.law.harvard.edu/hoap/Open_Access_(the_book))

Autorinnen und Autoren

Martin Beckmann, Dr. phil., geb. 1977. Gewerkschaftssekretär im Bereich Politik und Planung der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin.

Georg Fülberth, geb. 1939. Professor für Politikwissenschaft in Marburg 1972–2004. Mitglied der DKP. Veröffentlichte zuletzt: »Das Kapital« kompakt, 2. Aufl. Köln 2012.

Conny Hildebrandt, Dipl.-Philosophin, geb. 1962. Mitglied der Partei DIE LINKE; stellvertretende Leiterin des Institutes für Gesellschaftsanalyse; Arbeitsschwerpunkt Parteien und soziale Bewegungen. Publikationen zusammen mit Birgit Daiber und Anna Striethorst: Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, RLS Texte 52, Berlin, 2010; englische Ausgabe: From Revolution to Coalition – Radical Left Parties in Europe, englische Reihe, Manuskripte 2, Berlin 2012.

Horst Kahrs, geb. 1956. Sozialwissenschaftler; Mitglied der Partei Die Linke; seit 2012 Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Sozialstruktur-analysen, Wahlenanalysen und Politik des Öffentlichen. Jüngste Publikationen: »Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung«, RLS-Studien, Berlin 2012; »Umkämpfter Sozialstaat. Ein Blick auf Klassenstrukturen und Transformationen«, RLS Manuskripte Neue Folge, Berlin 2013. www.horstkahrs.de.

Detlef Kannapin, Dr. phil., geb. 1969. Filmhistoriker und Medienwissenschaftler, Publikationen zur deutschen und internationalen Filmgeschichte, zu Philosophie und Staatstheorie. Letzte Veröffentlichungen: Der dialektische Materialismus steht vor der Tür – und da bleibt er stehen! Indikatoren des Machbaren in der spätimperialistischen Philosophie, Berlin 2010; Die Gegenwärtigen. Versuch, die Verfehlung am Witz der Sache zu erklären, in: Das Argument 295/2011; Kapitel »Bild« und »Musik« in: Jörg Becker: Die Digitalisierung von Medien und Kultur, Wiesbaden 2013.

Konstanze Kriese, Dr. phil., geb. 1960. Kulturwissenschaftlerin, Vorstandsmitglied von Förderband e.V., stell. Vorsitzende der Kulturinitiative '89; Vorstandsreferentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Zusammen mit Lothar Bisky und Jürgen Scheele Herausgeberin von »Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven«, RLS-Texte Bd. 54, Berlin 2009; zuletzt: »Du bist wie Anarchismus für mich ...« – Eine Emma-Goldman-Referenz. In: Schritt für Schritt ins Paradies: Handbuch zur Freiheit, Karsten Krampitz und Klaus Lederer (Hrsg.), Berlin 2013, weitere Texte auf www.kasonze.de.

Michael Paetau, geb. 1947. Vorsitzender des Vereins »Wissenskulturen e.V.«, Leiter des »Zentrum für Soziokybernetische Studien Bonn«, Mitglied im Leitungsgremium des »Research Committee on Sociocybernetics (RC51)« der International Sociological Association (ISA), lehrte Mediensoziologie und Kommunikationswissenschaften an den Universitäten Bielefeld, Siegen und Duisburg-Essen; seit 2009 Mitglied der Piratenpartei. Aktuelle Publikationen unter anderem in den »Blättern für deutsche und internationale Politik«.

Dr. Jürgen Scheele, geb. 1963. Politikwissenschaftler, Referent für Medien- und Netzpolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zuvor langjährige Tätigkeit als Editor, Trainer und Berater im Bereich Broadcast & New Media.

Tobias Schulze, geb. 1976. Hat Literatur-, Politik- und Kommunikationswissenschaften studiert; Referent der Linksfraktion im Bundestag für Politik rund um Wissen und Technologien, Mitglied der netzpolitischen AG der LINKEN; bloggt unter anderem auf digitale.linke.de. Zur Piratenpartei zusammen mit Helge Meves: »Betriebssysteme und die Krise der Demokratie: Was lernen wir aus dem Aufstieg der Piraten?«, rls-Standpunkte 13/2012. Berlin 2012.

Dr. Wolfgang Storz, geb. 1954. Arbeitet als Medien- und Kommunikationsberater, Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Kassel, hat Bücher und zusammen mit Hans-Jürgen Arlt Studien über BILD und die Berichterstattung von Qualitätsmedien über die Finanzmarkt-Krise veröffentlicht, zuvor Medienberater und Chefredakteur von »metall« beim Vorstand der IG Metall und stellvertretender Chefredakteur (2000–2002) und Chefredakteur der »Frankfurter Rundschau« (2002–2006). www.wolfgangstorz.de

Michael H. W. Weber, geb. 1969. Promovierter Chemiker; gründete und leitet seit 2005 den gemeinnützigen Verein Rechenkraft.net e.V., war 2005/2006 maßgeblich an einem Volksbegehren gegen die Privatisierung des hessischen Universitätsklinikums Gießen-Marburg beteiligt, seit 2009 Mitglied der Piratenpartei und Mandatsträger der Stadtverordnetenversammlung Marburg; bemüht sich aktuell um den Aufbau einer Forschungsstelle für Bakteriophagen und zelluläre Stressantworten am Botanischen Garten der Philipps-Universität Marburg.

Nelli Tügel, geb. 1984. B. A. Skandinavistik und Geschichte, studiert Neuere und Neueste Geschichte (M. A.) an der Freien Universität Berlin.